



Haushaltsarithmetik kontra Populismus

Von Kai Christ, Landesvorsitzender der GdP Thüringen



Es gibt zwei Fragen, die in diesem Zusammenhang immer wieder an mich herangetragen werden:

1. Können wir denn alle Absolventen aus Meiningen übernehmen, wenn wir diese Stellen nicht bekommen?
2. Brauchen wir denn nicht Einstellungen von außen, beispielsweise für das Digitalisierungskonzept „Polizei4.0“?

Zur ersten Frage kann ich darüber informieren, dass bei den geplanten Einstellungszahlen für die kommenden Jahre, die zur Verfügung stehenden Stellen im Landeshaushalt bis 2025 bei Weitem ausreichen werden, um alle Absolventen aus Meiningen zu übernehmen. Richtig entspannt wäre es, wenn diese Landesregierung sich entscheiden könnte, den Stellenabbaupfad für die Thüringer Polizei endlich zu beenden. Schön wäre auch, wenn man von der größten Fraktion im Thüringer Landtag dazu mal einen Antrag finden würde. Im Übrigen kann man den Stellenabbau im Thüringer Justizvollzug auch niemandem mehr erklären. Also Schluss damit. Jetzt!

Die deutlich gestiegenen Einstellungszahlen in der Thüringer Polizei habe ich schon mehrfach begrüßt. Für den Fall, dass es mit der Stellenentwicklung in den kommenden Jahren aber doch Unklarheiten geben sollte, haben sich die Koalitionen von r2g dazu entschlossen, eine Übernahmegarantie für Absolventen beider Laufbahngruppen in Meiningen auszusprechen. Wenn jetzt jemand sagt, dann hätte man ja auch die 432 Stellen fordern können und wäre auf jeden Fall sicher, hier meine Antwort. Ja, könnte man, ich bin aber immer noch nicht bereit gegen Windmühlen zu kämpfen. Wer glaubt denn ernsthaft, dass die Thüringer Finanzministerin mit dem Verfassungszwang zum Schuldenabbau, dem Landesrechnungshof und der Opposition, die mit Argusaugen auf ihre Haushaltsführung schaut, im Nacken der Polizei bei einem gesetzlich definierten Stellenabbauprogramm mal eben 432 Stellen in den Haushalt schreibt? Das sind Luftschlösser, die unseren Kolleg*innen

nichts bringen. Zur zweiten Frage kann ich sagen, dass es mich ärgert, dass aus ursprünglich geplanten 160 Stellen vorerst nur 142 übergeblieben sind. Das Koalitionspapier spricht hier übrigens von Stellenmehrung, nicht von Stellenumverteilung. Und jetzt wird es richtig spannend! Diese Stellenmehrungen aus einem Pakt, den der Thüringer Ministerpräsident unterschrieben hat, müssen ja mal in irgendeinem Landeshaushalt ausgewiesen werden. Während ich diese Zeilen schreibe, bereiten die Regierungsfractionen die Verhandlungen für einen Landeshaushalt 2020 vor. Die Opposition ist erzürnt, weil dieser Haushalt seine Wirkung erst nach der im Oktober anstehenden Landtagswahl entfalten kann und sich Mehrheiten dann vielleicht anders darstellen. Aus meiner Sicht ist es unerlässlich, dass die Regierungskoalition einen Haushalt für das kommende Jahr schreibt und der Thüringer Landtag diesen verabschiedet, ansonsten bekommt die Thüringer Polizei nämlich vorerst gar keine zusätzlichen Stellen. Das Koalitionspapier definiert die geplanten Stellenmehrungen sehr genau. Durch die Schaffung von 65 Stellen für Tarifbeschäftigte werden Vollzugsstellen, auf denen eh schon Tarifbeschäftigte geführt werden, freigesetzt. Daraus folgen 65 zusätzliche Vollzugsstellen für die Thüringer Polizei. Das Gleiche gilt für elf Verwaltungsbeamtenstellen, auch hier werden elf zusätzliche Stellen für den Polizeivollzug frei. 56 Stellen werden für den Aufbau der Zentralstelle Polizeiliche Informations- und Kommunikationstechnik geschaffen und zehn zusätzliche Stellen für Lehrpersonal an den Bildungseinrichtungen der Thüringer Polizei. Diese Stellen, vereint mit den im Thüringer Landeshaushalt zwar vorhandenen aber nicht besetzten Stellen, den frei werdenden Stellen durch geplante Pensionierungen und Renteneintritten und eine Übernahmegarantie für alle Absolventen aus Meiningen, bilden eine Basis, mit der es sich nach meiner Ansicht gut arbeiten lässt.

Bis zum nächsten Monat, Euer Kai

Es mag Mitglieder der GdP geben, die Aussagen ihres Landesvorsitzenden manchmal nicht ganz nachvollziehen können. GdP-Mitglieder haben da aber einen entscheidenden Vorteil gegenüber allen anderen Menschen, GdP-Mitglieder haben meine Telefonnummer. Ich möchte den Platz in dieser Kolumne noch einmal nutzen, um zu erklären, warum die GdP Thüringen nicht auf 432 zusätzlichen Stellen für die Thüringer Polizei besteht, obwohl Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow den Pakt für den Rechtsstaat auch unterschrieben hat. In verschiedensten Veröffentlichungen und internen Papieren konnte man, wer wollte, fein säuberlich aufgelistet nachlesen, wie die Forderungen nach 432 zusätzlichen Stellen zustande kommen. In einfachen Worten ist das die Summe aus den abgebauten Stellen von 2017 bis heute und 199 Stellen, die auf Thüringen entfallen, wenn man 7500 Stellen aus dem Pakt für den Rechtsstaat nach dem Königsteiner Schlüssel aufteilt. So weit, so gut. Warum ruft die GdP jetzt nicht laut nach diesen Stellen, wenn sie die Personalnot allerorten innerhalb der Polizei doch immer wieder betont? Das ist auch leicht erklärt, weil 432 zusätzliche Stellen nicht eine Funkwagenbesatzung, nicht ein Ermittlerteam, nicht eine Hundertschaft mehr macht. Dazu brauchen wir Menschen, die wir ausbilden müssen. Das machen die Bildungseinrichtungen in Meiningen zurzeit an ihren Leistungsgrenzen.



Gewalt gegen Polizeibeamte in Jena eskaliert!

Einsatzbetreuung der GdP Thüringen wird zur Nebensache

Jena (tm). Im Vorlauf des Drittligaspiels zwischen dem FC Carl Zeiss Jena und dem TSV 1860 München kam es am Samstag, 18. 5. 2019, im Stadtgebiet Jena zu wiederholten Zwischenfällen. Während des Spiels kam es im Stadion zum Abbrennen von Pyrotechnik. Dass Jena am letzten Spieltag mit einem 4:0 seinen Klassenerhalt sichern konnte, geriet so zur Nebensache.

In der Mittagsstunde begab sich auch die GdP Thüringen mit einem Betreuungsteam nach Jena. Bereits auf der Anfahrt zum Ernst-Abbe-Stadion musste das GdP-Team zwei Wasserwerfer der Thüringer Polizei im Bereich der Stadtrodaer Straße stehend feststellen. Auf den Gedanken, dass diese zu diesem Zeitpunkt bereits zum Einsatz gekommen waren, kam das GdP-Team nicht. Der erste Kontakt zu unseren Thüringer Kollegen der Bereitschaftspolizei schaffte dann allerdings die ersten Bilder zum bisherigen Geschehen: meh-



GdP-Einsatzbetreuung ...

rere verletzte Kollegen!!! Aus Kreisen des privaten Sicherheitsdienstes hieß es: „Es ging schon ordentlich zur Sache!“

Fußballfans, so kann man sie wirklich nicht bezeichnen! Mehrere Hundert gewaltbereite Personen durchbrachen eine Polizeikette. Neben Flaschen und Steinen bewarfen sie die Einsatzkräfte auch mit Vierkanthölzern und Pyrotechnik. Nur der Tatsache, dass die Kollegen ihre Körperschutzausrüstung samt Schutzhelm trugen, führte zu, wenn man es überhaupt so sagen darf, leichten Verletzungen. Ohne die Ausrüstung hätte es auch zu schwerstverletzten, wenn nicht sogar zu getöteten Kollegen kommen können. Zwei Kollegen erlitten ein Schädelhirntrauma und einer eine Brandverletzung. Sie waren nach diesen Ereignissen dienstunfähig. Weitere Kollegen trugen Prellungen und Hämatome davon. Glücklicherweise sind alle Verletzten wieder genesen.

Polizist*in sein bedeutet AUCH MENSCH sein! Aber wie geht man mit einem solchen Erlebnis als junger Mensch um? Was erzählt man zu Hause

seiner Familie, seiner Partnerin/seinem Partner, wenn diese/dieser aus den Medien heraus bereits zu den Ereignissen informiert ist? Wie geht man mit der Angst seiner Lieben um? An einen Genuss beim Familiengrillen, das bei an diesem Tag herrschenden frühsummerlichen Temperaturen vielerorts stattfand, ist wohl eher nicht zu denken!

Fast schon nebensächlich ist dann auch der weitere Betreuungseinsatz verlaufen. Ein Ausspruch bleibt aber beim GdP-Team hängen: „Da kommt meine Gewerkschaft!“ Mit diesen Worten empfing ein Einsatzbeamter der Bundespolizei die Kollegen und bedankte sich für ihren steten Einsatz und den heiß begehrten Kaffee.



... erfreut sich großer Beliebtheit.

Fotos: Müller



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Thüringen

Geschäftsstelle:
Auenstraße 38 a
99089 Erfurt
Telefon: (0361) 59895-0
Telefax: (0361) 59895-11
E-Mail: gdp-thueringen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Edgar Große (V.i.S.d.P.)
Telefon: (01520) 8862464
E-Mail: edgar.grosse@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 41
vom 1. Januar 2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87
ISSN 0949-2828



EINSATZ

Veranstaltung in Chemnitz durch GdP Thüringen und Sachsen gemeinsam betreut



Sächsin betreut Thüringerin

Es kommt wahrscheinlich wie immer auf den Blickwinkel an, für die Gewerkschaft der Polizei ist es Mitgliederpflege, die sich nicht wegdenken lässt. Am 1. Juni 2019 war es mal wieder soweit, in Chemnitz machte sich ein polizeilicher Einsatz, von nicht unerheblichem Maße, notwendig. Für den GdP-Landesbezirk Sachsen war es eine Selbstverständlichkeit, dass sie für ihre Mitglieder und die aus anderen Bundesländern vor Ort sein werden. Es mag Menschen geben, die uns belächeln, wenn wir mit Süßigkeiten, Wiener Würstchen, Kaffee und Tee, Kaltgetränken und anderen Kleinigkeiten für unsere Kollegen*innen unterwegs sind. Wir aber, wir sehen das dankbare Leuchten in den Augen, hören die freundlichen Worte, die wir nicht nur wegen der kleinen Nettigkeiten bekommen, sondern auch, weil wir da sind, Anregungen und auch Beschwerden entgegennehmen können, mit dem Willen, möglichst sofort, spätestens aber zum nächsten Einsatz, den Stein des Anstoßes entsorgt zu haben.

Zu diesem Einsatz gab es noch eine kleine Besonderheit. Obwohl die GdP Sachsen und die GdP Thüringen eine sehr lange und feste Freundschaft verbindet, war es das erste Mal, dass die GdP Thüringen mit einem ihrer „Zwillinge“ nebst Besatzung zur Einsatzbetreuung im Nachbarfreistaat unterwegs war. Die Bezirksgruppe

Chemnitz hatte angefragt, ob sich die GdP Thüringen eine Unterstützung ihrer Einsatzbetreuungsmaßnahme vorstellen kann. Für die Thüringer stellte sich nicht die Frage „Ob“, sondern lediglich die Frage nach dem „Wie“. Thüringen entsandte diesmal ein ganz besonderes Team, drei GdP-Frauen machten sich am 1. Juni 2019 auf den Weg nach Chemnitz. Die Tatsache, dass zwei der drei Frauen alleinerziehende Mütter sind, macht

ihren Einsatz für die GdP ausgerechnet am Kindertag schon zu etwas Besonderem.

Die GdP-Bezirksgruppe Chemnitz hatte diesen Einsatz für die GdP-Familie hervorragend vorbereitet. Ortskundige Kollegen für die Thüringer, ausreichend Betreuungspersonal aus dem Bereich der GdP Sachsen, des GdP-Bezirk Bundespolizei und der GdP Thüringen und die oben beschriebenen kleinen Handreichungen machten den Einsatz für unsere Kolleg*innen in Uniform nicht einfacher, aber vielleicht etwas angenehmer. Die Rückmeldungen, welche die Betreuungsteams bekommen haben, lassen diese Bewertung zumindest wahrscheinlich erscheinen. Eine Anmerkung sei dem Verfasser dieser Zeilen noch gegönnt: Wir wollen keine Mitgliedsausweise sehen an solchen Tagen, aber jede Kollegin und jeder Kollege, der seine Mitgliedsbeiträge woanders entrichtet als bei der GdP, sucht sich bitte beim nächsten Kaffee, den er von einem GdP-Einsatzbetreuungsteam entgegennimmt, anschließend jemanden in seiner Einheit, das ist nicht wirklich schwierig, der GdP-Mitglied ist und bedankt sich bei genau dieser Kollegin oder diesem Kollegen. Warum? Weil die mit ihren Mitgliedsbeiträgen es ermöglichen, dass wir Einsatz um Einsatz für euch da sein können. **Kai Christ**



Das sächsisch-thüringische Team

Fotos: GdP Sachsen



Erfurt erstmals Tagungsort

Erfurt (cw). Im Rahmen der Polizeitage 2019, einer Veranstaltung des Behörden Spiegel und der Gewerkschaft der Polizei (GdP), wurde am 29. Mai 2019 in Erfurt das Thema „Die Polizei zwischen analoger und digitaler Arbeitswelt“ diskutiert.

Namhafte Aussteller präsentierten ihre Produkte und Produktideen. Die Firma Tatonka stellte ihre Behördenlinie „Tasmanian Tiger“ vor. Auf den Polizeiberuf zugeschnittene Lösungen wurden präsentiert. Plattenträger mit unterschiedlichen modularen Lösungen beispielsweise, Gürtel- und Fahrzeuglösungen sowie speziell für den Medic-Bereich hergestellte Erste-Hilfe-Sets in kompakter Form.

Das Unternehmen Secunet interessierte die Besucher mit seiner Sach- und Prüffahndungs-App „ISO“, die es dem Anwender ermöglicht, über ein Smartphone eine komplette Identitäts- und Dokumentenprüfung durchzuführen. Hierzu wird die maschinenlesbare Zeile (MLZ) gescannt; im Anschluss wird der Pass in digitalisierter Form auf dem Display angezeigt. Parallel dazu läuft im Hintergrund eine Datenbank des Bundeskriminalamtes, auf die alle Bedarfsträger der Länder zugreifen können. Schließlich werden dem Anwender unterschiedliche biometrische Daten angezeigt. Die Software ist derzeit nur im Bundesland Sachsen aktiv im Einsatz.

Cybercrime

Manuel Nolte, Dezernatsleiter Cybercrime beim Landeskriminalamt, skizzierte im Rahmen seines Redebeitrages aktuelle Entwicklungen im Bereich der Internetkriminalität. Als Schwerpunktthemen führte er beispielsweise das Thema „Doxing“ – hierbei handelt es sich um ein gezieltes Abgreifen von Daten und einer damit verbundenen Rückgabe gegen Lösegelder – auf. „Jeder Familienvater, der eine Mail bekommt, in der darauf hingewiesen wird, dass er sich pornografische Inhalte aus dem Netz geladen hat, die seiner Familie zugesandt werden, wenn keine entsprechende Zahlung erfolgt, kann sich vorstellen, wie gut die Resonanz bei einem solchen Vorgehen sein kann.“ Insbesondere im Bereich der

Politik und bei Personen des öffentlichen Rechts treffen die Täter offenkundig oft auf fruchtbaren Boden, betonte Nolte. Thüringen sei Vorreiter in puncto Verfolgung von Daten-Hehlerei.

Neben klassischen Delikten wie Kinder- und Jugendpornografie oder Drogenkriminalität stellten die aufgeführten Schwerpunkte nur einen Teilbereich der sich inzwischen immer weiter und umfangreicher entwickelnden virtuellen Welt der Kriminalität dar. Auch das „Darknet“ als zwischenzeitlich größter Markt- und Tummelplatz für Kriminelle, der scheinbar alles zu bieten hat und das in anonymisierter Form, entwickelt sich ständig weiter und stelle die ermittelnden Behörden vor Herausforderungen. Aufgrund der kryptografisch abgesicherten Protokolle sei eine Nachverfolgung der Täter in sehr vielen Fällen kaum möglich. Zudem seien im vergangenen Jahr bundesweit ganze 82 000 Stellen für IT-Spezialisten unbesetzt gewesen. Das macht es auch der Thüringer Polizei nicht leichter, freie Stellen in ihren Bereichen zu besetzen. Das Thema Cybercrime als hochdynamisches Phänomen und als deliktischer Schwerpunkt bei allen Polizeien der Länder und des Bundes, erfordere eine Änderung des polizeilichen Verhaltens. Hier sei eine Kombination aus klassischer Polizeiarbeit und speziellem IT-Wissen unabdingbar. Reines IT-Wissen reiche keinesfalls aus.

Innenpolitik

Innenminister Georg Maier (SPD) sprach in seiner Eröffnungsrede in Bezug auf die Digitalisierung die Vor- und Nachteile aktueller Entwicklungen, auch im globalen Vergleich an. Er dankte der GdP als hilfreiche Partnerin in vergangener Zeit, die es geschafft hat, durch einen regen Austausch über unterschiedliche Facetten und Notwendigkeiten in puncto Digitalisierung einiges auf den Weg zu bringen. Ebenso dankte er

dem Behördenspiegel als Hauptveranstalter, der das Thema „Verwaltung 4.0“ stets vorantreibt und somit eine wertvolle Arbeit leistet.

Bei der Digitalisierung handelt es sich um ein sehr breit gefächertes Thema, mit dem man die Menschen nicht überrennen dürfe, gab Maier zu bedenken. „Jeder Mensch versteht unter diesem Begriff etwas anderes.“ Er umfasse weitaus mehr als nur Digitalfunk, auch wenn dieser in den Medien oft in Verbindung mit dem Thema im Fokus stand. Im Rahmen von Veranstaltungen, so der Innenminister, merke er immer wieder, dass die gefühlte Unsicherheit der Menschen höher liegt als dies in der Realität der Fall sei.

Aufgrund dessen sei es wichtig, zuzuhören und in Erfahrung zu bringen, an welchen Stellen durch die Bürger Prioritäten in puncto Sicherheit gesetzt werden. Maier bezeichnete die Digitalisierung als „ein Universum“. Er hob die Vorzüge des digitalen Wandels hervor, der in erster Linie dazu gedacht sei, unser alltägliches Leben zu erleichtern. Handygeräte beispielsweise seien zwischenzeitlich nicht mehr wegzudenken. Global gesehen gäbe es aber auch Schattenseiten, die nicht zu verachten sind. Hier führte er China an, das mit einem sehr autoritären Ansatz „soziale Creditpoints für Wohlverhalten“ in der Bevölkerung verteile und sich die Digitalisierung so zunutze mache. In einem weiteren Beispiel nahm er Bezug auf das „Internet of Things“, dass in den USA stark betrieben wird und ganz normale Alltagsgegenstände wie Kühlschränke, Autos und Handys miteinander vernetzt. Die dabei entstehende Datenspur ist für die Wirtschaft von sehr großem Interesse. Nicht umsonst



Podium mit Innenpolitikern



POLIZEITAGE 2019

seien die Big Four die bestnotierten Börsenunternehmen im Welthandel. Zwischen Wirtschaftsunternehmen wie Krupp und Siemens, die sich früher eine Monopolstellung am Markt durch die Qualität ihrer Produkte sichern konnten und Big-Data-Unternehmen hätte sich in den vergangenen Jahren

ein Platzwechsel vollzogen. Heute gehörten ausschließlich Unternehmen, die einen Zugang zu Daten hätten, zu den Marktführern.

Für die Polizei aber fände sich hier wiederum ein guter Ansatz, das Verhalten von Kriminellen vorauszu sehen. Mit einem Querverweis zum Thema „Predictive Policing – Heute schon wissen, wo morgen eingebrochen wird“ hob der Innenminister einen weiteren Vorteil der Digitalisierung hervor. Dennoch sei Vorsicht geboten: „Die Digitalisierung sollte in einem Maß für Polizeiarbeit ge-

nutzt werden, das den Rechtsstaat sichert und zu keinem Überwachungsstaat führt“, gab Maier den Besuchern der Tagung abschließend mit auf den Weg. Er ging noch einmal auf die Erfolge ein, die in den letzten Jahren zu verzeichnen waren. Im Rahmen seiner Amtszeit konnte das lange Projekt mit dem ToiKW umgesetzt werden, die Software COMVOR kann nach einigen Anfangsschwierigkeiten und bis auf kleine Verbesserungen nun auch aktiv im Polizeidienst genutzt werden. Ein Polizeihubschrauber wird im Luftverkehrsraum eingesetzt und die Beförderungsmöglichkeiten, insbesondere im mittleren Dienst, wurden verbessert. Dennoch gibt es auch in den nächsten Jahren einiges zu tun für einen Thüringer Innenminister, aber auch für die GdP Thüringen wird es heißen: „Alle angesprochenen Prozesse weiter zu be- gleiten.“



Manuel Nolte (l.) und Kai Christ

Fotos: Wilhelm

GdP INTERN

Leistungen vorgestellt: Sterbegeldbeihilfe

Sterbegeldbeihilfe ist eine Leistung der GdP, die in den schwersten Stunden eines gemeinsamen Lebens eine kleine Hilfe für die Hinterbliebenen darstellt. Wir sind froh, dass wir unseren Mitgliedern diese Unterstützung kostenlos anbieten können.

Neben unseren Rechtsschutzleistungen, beispielsweise für Lebenszeitbeamt*innen, die sich damit auf Lebenszeit ihrem Diensttherm verpflichten, besteht auch für weitere Beschäftigtengruppen im Bereich der Justiz und Polizei die Möglichkeit, über den Ruhestand hinaus auf diesen Service zurückzugreifen. Gern beraten wir unsere Mitglieder auch im Anschluss an das Renteneintrittsalter zu Rentenfragen.

Unser Rechtsschutz ist ein Bestandteil des Leistungsspektrums für unsere Mitglieder. Der gewerkschaftliche Zusammenhalt widerspiegelt und ein weiteres Puzzlestück, das eine erweiterte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben darstellen kann.

Im Rahmen unserer Mitgliederzeit schrift, der Präsenz in den sozialen Netzwerken und der Angebotsvielfalt des Polizeisozialwerkes stellen wir in re-

GdP-LEISTUNGEN (Stand: Januar 2020)

Leistungen, die im GdP-Beitrag enthalten sind

- 1. **Rechtsschutz** nach der Rechtschutzverordnung (RSV)
- 2. **Sterbegeldbeihilfe** in Höhe von bis zu 410,- €, die beim Tod des Mitglieds sowie demnach bestimmt wird
- 3. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 4. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 5. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 6. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 7. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 8. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 9. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 10. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 11. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 12. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 13. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 14. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 15. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 16. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 17. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 18. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 19. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 20. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten

Attraktive Zusatzleistungen

- 1. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 2. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 3. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 4. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 5. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 6. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 7. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 8. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 9. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 10. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 11. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 12. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 13. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 14. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 15. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 16. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 17. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 18. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 19. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
- 20. **ADVISOR-RECHTSCHUTZVERSICHERUNG AS**
 - Rechtsschutz vor Gericht
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsbehörden
 - Rechtsschutz vor Arbeitsgerichten
 - Rechtsschutz vor Sozialgerichten
 - Rechtsschutz vor Verwaltungsgerichten

Gewerkschaft der Polizei - Bundesvorstand
 Bundesstraße 40 | 10117 Berlin
 Telefon 030 20092-0
 www.gdp.de

gelmäßigen Abständen aktuelle Informationen aus den Bereichen für euch zusammen, die oft ein ganzes Berufsleben geprägt haben. Schließlich möchten wir als GdP auch die Hinterbliebenen finanziell unterstützen. Dafür haben wir die Sterbebeihilfe in unseren Leistungskatalog mit aufgenommen.

Wir zahlen im Falle des Todes eines GdP-Mitgliedes an die Hinterbliebe-

nen eine Sterbegeldbeihilfe in Höhe von 410 Euro. Ein GdP-Mitglied, dessen Ehepartner verstirbt, bekommt diese Sterbegeldbeihilfe ebenfalls ausgezahlt. Dazu muss aber zum Zeitpunkt der Beantragung entweder der Beantragende selbst Mitglied sein oder bei Beantragung durch einen Angehörigen nach dem Ableben eine aktive Mitgliedschaft des Verstorbenen in der GdP noch vorhanden sein. Es tut uns unsagbar leid, wenn wir Hinterbliebenen mitteilen müssen, dass wir eine Auszahlung der Sterbegeldbeihilfe der GdP nicht vornehmen können, weil keine Mitgliedschaft mehr besteht.

Leider verlassen uns gelegentlich auch Mitglieder, die das aktive Berufsleben beendet haben und nehmen somit auch den Wegfall aller Leistungen in Kauf. Dass dies, hart formuliert, eine falsche Entscheidung ist, versuchen nicht zuletzt unsere Seniorengruppen den zukünftigen Senioren so früh wie nötig und so spät wie möglich zu vermitteln. Die Seminare in Meiningen zur Vorbereitung auf den Ruhestand sind auf Initiative der GdP entstanden und werden bis heute vom Landes-seniorenvorsitzenden der GdP wesentlich mitgestaltet. Bleibt in der Gewerkschaft! Wir möchten gern ein Leben lang für euch da sein.



Botanischer Garten im Frühling

Jena (eg). Passend zur Jahreszeit hatten sich die Senior*innen der GdP-Kreisgruppe Jena den Botanischen Garten in Jena als Ziel ihrer Mai-Veranstaltung ausgesucht.

Der Botanische Garten gehört zur Friedrich-Schiller-Universität und dient damit in erster Linie der Lehre und Forschung. Er ist aber auch der Öffentlichkeit zugänglich und erfüllt somit einen allgemeinen Bildungsauftrag.

Am 22. Mai 2019, 10 Uhr, fanden sich rund 25 Senior*innen am Hauptingang ein. Nach Entrichten der moderaten Eintrittspreise und einer kurzen Verzögerung begrüßte uns dann Revierleiter Tobias Pfeil, der uns durch den Botanischen Garten führte. Die Führung hatte die Kreisgruppe gesponsert. Knapp zwei Stunden ging es nun kreuz und quer durch das parkähnliche Gelände und unser Begleiter überraschte mit vielen Informationen, die auch für alteingesessene Jenenser viel Neues brachten.

Einen Garten der Universität gibt es bereits seit 1586 als „Hortus Medicus“, später „Hortus Botanicus“. Er ist damit nach Leipzig der zweitälteste Botanische Garten in Deutschland. Zunächst hat der Garten unmittelbar am „Collegium Jenense“ in der heutigen Kollegiengasse gelegen. Im Jahr 1640 überließ Herzog Wilhelm der IV. zu Sachsen der Universität ein weiteres, etwa 1,3 ha großes Gelände nördlich der Stadtmauern. Dieses war dann der Kern des heutigen Botani-

schen Gartens. Um 1660 sind bereits um 1300 Pflanzensitten katalogisiert. 1669 wird ein beheizbares Gewächshaus gebaut, in welchem auch tropische Pflanzen gehalten werden können.

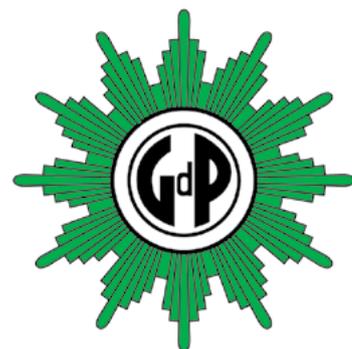
Der Botanische Garten in seiner heutigen Form ist jedoch untrennbar mit den Namen Johann Wolfgang von Goethe verbunden. Nachdem dieser 1776 als Geheimer Legationsrat an den Weimarer Hof berufen worden war, erhielt er unter anderem am 24. Oktober die Oberaufsicht über die unmittelbaren Anstalten für Wissenschaft und Kunst und vom Herzog Carl August den Auftrag, in Jena ein Botanisches Institut einzurichten. Goethe selbst hat nachweislich viel Zeit im Garten verbracht und dabei botanische Studien betrieben oder der dichterischen Muse gefrönt. Der riesige Gingko-Baum in der Südwestecke des Gartens direkt neben dem Fürstengraben geht ebenfalls auf Goethe zurück. Da dieser offensichtlich eine Vorliebe für dieses Gewächs hatte, wird der Gingko bis heute auch Goethe-Baum genannt.

Die heutigen Gewächshäuser wurden 1969 (Viktoriahaus) bzw. 1981 bis 1983 gebaut. Einen Schwerpunkt in den Gewächshäusern bildet bis heute die Flora Cubas. Dieser Forschungsschwerpunkt wurde zwar nach der Wende an die Freie Universität Berlin verlegt, mit den Pflanzen ist das aber eben nicht so einfach, besonders wenn sie schon 15 und mehr Meter groß sind.

Neben Besichtigungen wird der Garten aber auch anderweitig ge-

nutzt. Jährlich findet im Juni eine Pflanzenraritätenbörse statt. Im Garten gibt es Konzerte. Eine Tropennacht wurde in den Gewächshäusern auch schon geboten. Die Jenaer Schulen nutzen gern das Angebot einer „Grünen Schule“ im Botanischen Garten. Angepasst an die speziellen Bedürfnisse der jeweiligen Klassenstufe, werden Informationen und praktischer Anschauungsunterricht geboten.

Der Garten ist jedoch nicht vorstellbar ohne die Wissenschaftler*innen und Student*innen, und ohne die Gärtner*innen die nun seit mehr als 400 Jahren den Garten hegen und pflegen und weiterentwickeln. Auch während der Besichtigung der GdP-Senior*innen wurde gebaut und gewerkelt und es roch nach frisch gemähtem Gras und frisch aufgeworfener Erde. Nach Auffassung der Teilnehmer*innen war der Besuch sehr informativ und lohnenswert. Das wird wahrscheinlich nicht der letzte Besuch im Botanischen Garten gewesen sein.



Im Tropenhaus und ...



... am Goethebaum

Fotos: Große



Populismus bietet nicht wirklich Lösungen

Berlin (cw). Eine Fachtagung der Gewerkschaft der Polizei mit dem Schwerpunkt „Populismus“, die Anfang Mai in Berlin stattfand, setzte sich insbesondere mit dem rechten Spektrum auseinander, das derzeit einen verstärkten Zulauf aus großen Teilen der Bevölkerung erfährt.

Dietmar Schillff, stellvertretender Bundesvorsitzender der GdP, betonte bereits in seiner Begrüßungsrede, dass die Vertretung vieler links- und rechtspopulistischer Parteien in den europäischen Länderparlamenten – teilweise mit Regierungsverantwortung – demokratische Parteien in Deutschland und Europa, genauso wie zivilrechtliche Gesellschaften und natürlich auch die Gewerkschaften, vor eine besondere Herausforderung stellten. Die AfD habe sich, exemplarisch für rechtspopulistische Parteien, in Deutschland binnen kurzer Zeit salonfähig machen können und ist bereits in Landtagen und den Bundestag eingezogen, betonte Schillff. Sie vertrete offen konservative Positionen, nationalistisch-reaktionäre und menschenverachtende Ansichten, mit denen sie dennoch regelmäßig zweistellige Wahlergebnisse erzielte. Er warnte: Das charakteristische Versprechen populistischer Parteien nach vermeintlich einfachen Lösungen für eine Vielzahl komplexer Probleme sei nicht nur Methode, sondern stelle auch einen „unverantwortlichen Umgang“ mit der Wirklichkeit dar. Er sprach sich aufgrund einer zunehmenden Komplexität und der Digitalisierung für eine verstärkte Konzentration von Polizeiarbeit und Verbrechensbekämpfung auf europäischer Ebene aus.

Über Erscheinungsformen, Ursachen und Entwicklungen des Populismus in Europa referierten im Rahmen der Tagung mehrere Vertreter aus Wirtschaft, Wissenschaft und Sport. Yvonne Hofstetter, Juristin und Buchautorin, stellte in ihrer Lesung Online-Plattformen und Soziale Netzwerke als Grundlage für die politische Willensbildung heraus. Das sind sie im Grunde genommen auch. Zumindest werden Wahlkämpfe zunehmend auf die virtuelle Ebene verlagert – und das nicht nur hierzulande. Beispielhaft sei hier die bekannte Social-Media-Platt-

form Facebook genannt, die werbefinanziert ist und sich im Zusammenhang mit dem Wahlkampf des amerikanischen Präsidenten Donald Trump für einen sogenannten Datenkandal zu verantworten hatte. Die britische Analysefirma „Cambridge Analytica“ hatte zur Unterstützung Daten von 50 Millionen Facebook-Nutzern eingesetzt. Hofstetter, die selbst als Big-Data-Unternehmerin gilt und viele Jahre im Bereich der Softwareentwicklung tätig ist, bezeichnete Online-Plattformen als „Neckermann-Kataloge des 21. Jahrhunderts“.



Podium mit GdP-Vertretern Foto: Wilhelm

Sie malte schwarze Bilder: Der digitale Informationsraum habe die Meinungsbildung dezentralisiert und stark defragmentiert. Eine objektive Meinungsbildung sei aufgrund gefilterter Daten nicht mehr möglich und ursächlich dafür, dass die Welt von heute sich „unnormale“ anfühlt und sich die „gewohnte Ordnung“ nach und nach auflöst.

Wir als Gewerkschaft der Polizei sehen das ein bisschen anders: Wir sehen eine deutliche Überbewertung der Reichweite des im Rahmen des Referates Hofstetters angeführten radikalen Konstruktivismus, die Angst machen soll und schätzen die technischen Möglichkeiten, die sich uns im Rahmen der Digitalisierung bieten, effizient zu nutzen. Wir sind dem technischen Fortschritt verbunden, denn er ermöglicht uns, mit unseren Mitgliedern in einen aktiven Dialog zu treten und in regelmäßigen Abständen aktuelle Informationen beispielsweise auch in Form von Online-Zeitschriften kostengünstig und schnell bereitzustellen.

In einer „Zeitenwende“, verbunden mit einer massiv voranschreitenden Verfestigung völkisch-autoritärer Weltbilder in immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung, sieht

Alexander Häusler als Sozialwissenschaftler von der Hochschule Düsseldorf, der sich mit dem Schwerpunkt Rechtsextremismus und Neonazismus auseinandersetzt, unsere derzeitige Gesellschaft. Die AfD sei spätestens seit der Flüchtlingsdebatte 2015 zunehmend zu einem Sprachrohr für den rechten Rand in der Mitte der Gesellschaft geworden. Veranstaltungen wie die durch die Partei organisierten Aufmärsche vor dem Erfurter Dom, in Cottbus und weiteren ostdeutschen Städten nahmen teilweise offen rechtsextreme Züge an. Unter dem Deckmantel von Sicherheit- und Ordnung-Parolen würden antidemokratische Haltungen verbreitet.

Auf eine historisch erwachsene Verantwortung ging Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen in seinem Vortrag ein. Er schilderte die Rolle und Funktion der Polizei im Nationalsozialismus und betonte, dass die Demokratie in den letzten Jahren nicht mehr auf einem so festen Fundament wie bisher stünde. Politiker des rechten parlamentarischen Spektrums stellten ihre Selbstverständlichkeit in Frage und bedienten sich für ihre Agitation unverhohlen im „Baukasten des historischen Nationalismus“. Parallel dazu forderten sie eine geschichtspolitische Zeitenwende um 180 Grad. Er stellte an dieser Stelle deutlich die Wichtigkeit von historischer Bildungsarbeit heraus.

Für diesen Zweck hat die Polizeiakademie Niedersachsen ein polizeihistorisches Bildungsprojekt in Form einer Wanderausstellung initiiert. Im Rahmen der Ausstellung führen freiwillige Mitarbeiter aus dem Polizeidienst Interessierte durch die Räume und ermöglichten somit einen aktiven Austausch auf Augenhöhe innerhalb der Polizei. Auch der gewerkschaftliche Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ stellte sich im Rahmen der Tagung vor und leistet einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung.

Ein zunehmender Radikalismus auf Sportveranstaltungen kam ebenfalls zur Sprache. Hierzu diskutierte Hans-Joachim Watzke, Geschäftsführer der Fußballmannschaft Borussia Dortmund, über Lösungsvorschläge.



Arbeitsschutzbekleidung für Beschäftigte in ...

... Sachsen

Innerhalb der sächsischen Polizei gibt es eine Vielzahl von Tätigkeiten, die nicht immer auf den ersten Blick eine schützenswerte Gefährlichkeit erkennen lassen. Auch ist nicht jede im Beruf getragene Kleidung durch den Dienstherrn bereitzustellen. Grundlage bildet das Arbeitsschutzgesetz, wonach der Dienstherr verpflichtet ist, die mit den versicherten Tätigkeiten verbundenen Gefahren zu ermitteln, zu beurteilen und entsprechende Schutzmaßnahmen zu initiieren. Kommt der Dienstherr im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung zu dem Ergebnis, dass Kleidung mit einer bestimmten Schutzfunktion erforderlich ist, hat er diese den Beschäftigten zur Verfügung zu stellen. Die Kosten hierfür trägt der Dienstherr. Derartige Schutzkleidung wird unter der Rubrik Persönliche Schutzausrüstung (PSA) subsumiert. Die Wirksamkeit von PSA ist sehr begrenzt und insbesondere vom tatsächlichen und bestimmungsgemäßen Gebrauch der Beschäftigten abhängig. Deshalb sind Unterweisungen vor Aufnahme der Tätigkeit, anschließend regelmäßig, mindestens jedoch jährlich durchzuführen und zu dokumentieren. Die Bereitstellung und Benutzung von PSA wird in der PSA-BV und in Handlungsanleitungen einschlägiger Unfallverhütungsvorschriften geregelt.

Bei der sächsischen Polizei werden tätigkeitsbezogen Gefährdungsbeurteilungen durchgeführt. Dies sollte federführend durch den jeweiligen Fachbereich, unter Hinzuziehung der Sicherheitsfachkraft und des Polizei-/Betriebsarztes erfolgen. Leitet sich PSA als Schutzmaßnahme ab, wird diese vor der Beschaffung nach den einschlägigen Rechtsvorschriften geprüft und weitere Themen, z. B. Reinigung, Pflege, bestimmungsgemäße Nutzung betrachtet. Nach der Beschaffung erfolgt die Katalogisierung und Zuordnung der Schutzkleidungsartikel zu anspruchsberechtigten Beschäftigtengruppen sowie die Ausgabe in den Servicepunkten Bekleidung.

Simone Scotti

... Sachsen-Anhalt

Der Arbeitsschutz für Angestellte ist in Sachsen-Anhalt ein Thema, welches in der Öffentlichkeit nicht diskutiert wird. Jede Behörde versorgt seine Angestellten separat, das heißt, dass es keine zentrale Beschaffung gibt. Die speziellen Aufgaben, z. B. des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, erfordern die Anschaffung von Ausrüstung, welche sehr speziell und kostenintensiv ist. Hier ist das Problem die Verwaltungshandlungszeit von der Meldung – wir benötigen dies so schnell wie möglich – und der Einstellung in die Haushaltspläne, Ausschreibung, Bestellung und Auslieferung. Anders könnte es zum Beispiel bei Angestellten der Spurensicherung sein, ist es aber nicht. Diese können angeben, was sie als Arbeitsschutzmittel benötigen und kriegen es irgendwann von ihrer Behörde. Das allgemeine Problem ist, dass es keine Einheitlichkeit der Arbeitsschutzmittel gibt. Die Weiterbildung, was gibt es an neuen und positiven Entwicklungen zum Thema Arbeitsschutz in Spezialbereichen, gibt es nicht. Wenn, dann nur am Rande von Lehrgängen und persönlichen Gesprächen. Ein weiteres Problem ist die Bestellung der Arbeitsschutzbeauftragten in den Behörden. Hier wird sehr unterschiedlich verfahren. Die meisten Fachkräfte für Arbeitsschutz (so die offizielle Bezeichnung), üben diese Tätigkeit nebenamtlich aus. Damit kann keine ausreichende Prüfungstätigkeit für Arbeitsschutz gewährleistet werden, insbesondere dann nicht, wenn lediglich eine Person für eine komplette Behörde zuständig ist. Zudem ist der Ausbildungsstand dieser Personen sehr unterschiedlich. Teilweise sind Fachkräfte bereits bestimmt, werden aber erst danach fortgebildet. Unsere Vorschläge ans Innenministerium – Workshops mit den betroffenen Angestellten durchführen, Arbeitsschutzbedarfe ermitteln und dann beschaffen, Fortbildung zum Thema Arbeitsschutz fördern.

Ingo Neubert

... Thüringen

Angesicht der Tätigkeitsfelder und des Aufgabenspektrums von Beschäftigten in der Thüringer Polizei hat der Arbeitsschutz eine besondere Stellung eingenommen. Als oberste Priorität stehen entsprechende Schutzmaßnahmen. Es wurden Gefährdungsbeurteilungen (GBU) erstellt. Als Betrachtungseinheit wurden Arbeitsbereiche oder Arbeitsplatz bzw. Tätigkeiten festgelegt. Schutzziele sind hier die Ergänzung und Optimierung der vorhandenen Schutzausrüstung sowie die Verringerung der Unfall-, Verletzungs- und Erkrankungsgefahr. Gemäß Punkt 2.4 der Dienstkleidungsvorschrift Thüringer Polizei (DKVThürPol) wird neben der Grundausrüstung auch Sonder-/Schutzbekleidung den Bediensteten unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dies gilt für besondere, regelmäßige ausgeübte Tätigkeiten zur Gewährleistung gesetzlicher Forderungen, zur Verhütung von Unfällen, Gesundheitsschädigungen und Krankheitsübertragungen. Die Beschaffung erfolgt ausschließlich auf der Grundlage der Bedarfsanforderung der Behörden. Die Reinigung und Reparatur erfolgt in Zuständigkeit und auf Kosten der jeweiligen mittelbewirtschaftenden Behörde. Eine zentrale Ausschreibung für die gesamte Landespolizei zur Beschaffung und Reinigung für Arbeitsschutzbekleidung für Logistiker im Jahr 2015 konnte aus unterschiedlichen Gründen nicht umgesetzt werden. Deshalb sind teilweise unterschiedliche Ausstattungen in den Behörden und Einrichtungen vorhanden. Die Beschaffung erfolgte teilweise dezentral nach Bedarf, für neu eingestellte Mitarbeiter Logistik, soll aber nun zentral über das Einkleidungshaus beschafft werden. Nicht jeder benötigte Artikel ist in der Anlage zur Dienstvorschrift enthalten. Hier sollen in Zukunft nach der Bedarfserfassung der Dienststellen gemeinsam mit den Fachkräften für Arbeitssicherheit Leistungsbeschreibungen erstellt werden und diese nach Begutachtung Aufnahme in die bestehende Vorschrift finden.

Monika Pape

